

1 Jahr Schwarz-Grün in Bildern



Das dürfte Hendrik Wüst
nicht gefallen.

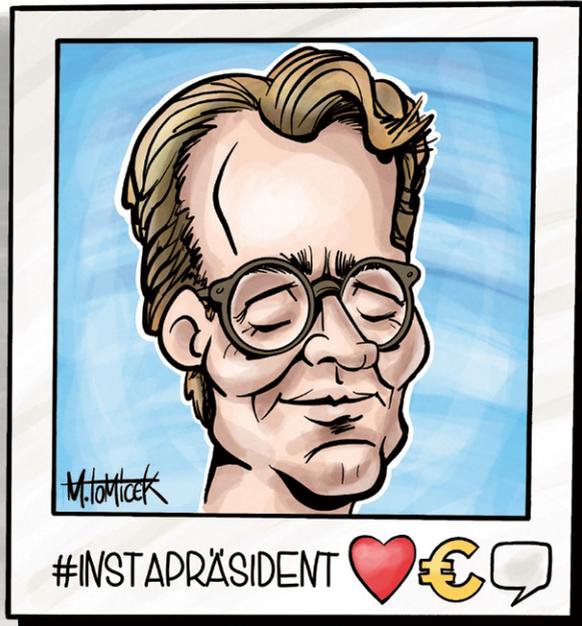
1 Jahr Schwarz-Grün in Bildern

VORWORT

Mit dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün waren einige Hoffnungen verbunden. Doch schon nach zwölf Monaten macht sich Enttäuschung breit: Schwarz übermalt Grün, Reformen zerbrechen an Pannen oder werden durch Mutlosigkeit erstickt. Nicht einmal der Ausbau Erneuerbarer Energien kommt voran. Drei Verfassungsklagen und ein Untersuchungsausschuss (in nur neun Monaten!) zeugen auch nicht gerade von solidem Regierungshandwerk.

Mit den Problemen des Landes möchte der Ministerpräsident nichts zu tun haben. Für Krisen und deren Lösung sind immer nur andere verantwortlich: in der Regel „Berlin“. Hendrik Wüst ist die meiste Zeit mehr ein Insta-Präsident als ein Ministerpräsident. Was keine schönen Fotos produziert, hat keine Priorität.

Das ist das Grundproblem seiner ganzen Regierung: Schwarz-Grün ist keine Koalition für Menschen, die sich Sorgen um ihre Mieten, über steigende Preise oder die Bildungschancen ihrer Kinder machen. Werfen wir einen Blick auf die Highlights der vergangenen zwölf Monate.

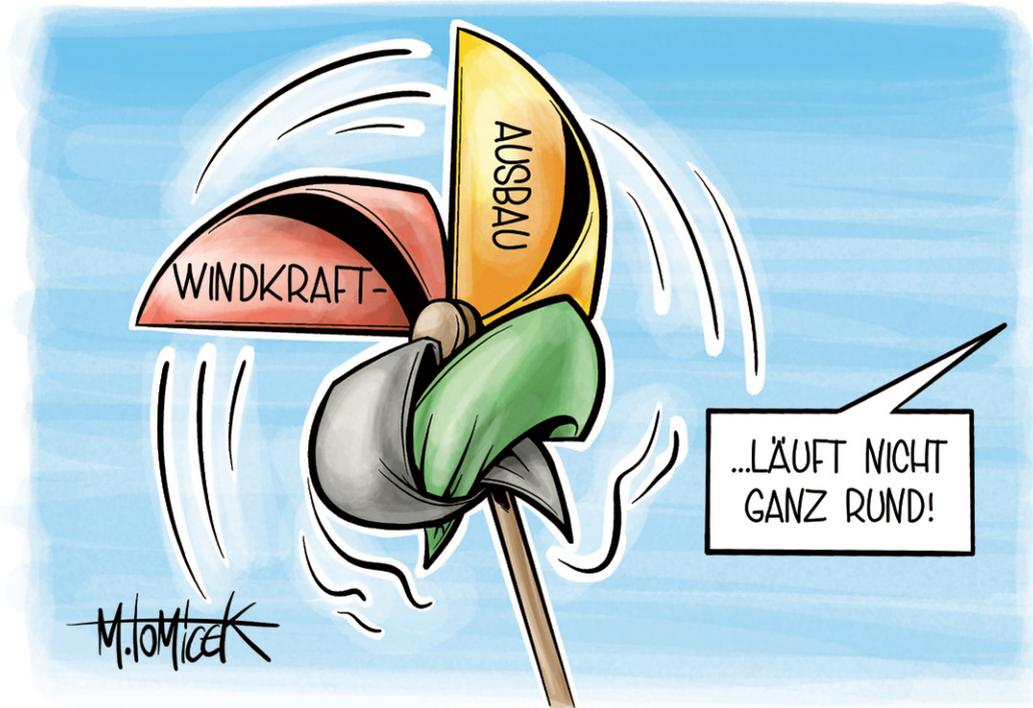


Hendrik Wüst forderte kürzlich, der Bundeskanzler solle die Flüchtlingspolitik zur „Chefsache“ machen. Das war bemerkenswert. Nicht, weil der NRW-Ministerpräsident kundtat, dass Olaf Scholz ein Problem für ihn lösen soll. Das macht er jeden Tag. Seine Forderung war deshalb bemerkenswert, weil bei ihm zuhause in NRW so gar nichts Chefsache ist. Nicht die Bildungskrise, nicht die Wohnungsnot, nicht mal die Inflation. Denn mit Problemen möchte Hendrik Wüst lieber nichts zu tun haben. Probleme machen einfach keinen Spaß. Sie bringen immer nur Ärger, aber nie schöne Fotos. Und schöne Fotos sind echt wichtig.

Außerdem: Wer für nichts verantwortlich ist, kann auch für nichts verantwortlich gemacht werden. Clever, oder? Andere sagen, ein Ministerpräsident, der sich nicht um Probleme kümmere, sei ein überflüssiger Luftikus, ein „Instapäsident“. Aber das halten sie in der Staatskanzlei natürlich nur für Oppositionsrhetorik.



Zu unserer Kleinen
Anfrage



„Guten Morgen @HendrikWuest, @JoachimStamp, heute wäre ein guter Tag, die 1.000 Meter Abstandsregel für #Windkraft in #NRW abzuschaffen. Das sichert unsere Energieunabhängigkeit, schützt das Klima und schafft Arbeit. Werden Sie Teil der Lösung, statt aus Prinzip zu blockieren.“

Siebenundzwanzig Mal hat die Grüne Mona Neubauer das im März und April 2022 getwittert. 27 gute Tage, um den Ausbau der Windenergie zu beschleunigen – und zwar drastisch. Doch kaum ist Mona Ministerin, sind die guten Tage vorbei. Es ist wie verhext: Sie wartet und wartet, und macht den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Hängepartie.

Dann stellt die SPD im Landtag den Antrag, die 1.000-Meter-Abstandsregel abzuschaffen (um das Klima zu schützen, für Energieunabhängigkeit zu sorgen und Arbeit zu schaffen...). Doch die Grünen stimmen dagegen. Warum? Aus Prinzip. Aus Koalitionsprinzip. Nur um Monate später selbst das Ende der 1.000-Meter zu fordern. Hier sind nicht nur gute Tage, sondern auch viel energiepolitische Glaubwürdigkeit der Landesregierung verloren gegangen.



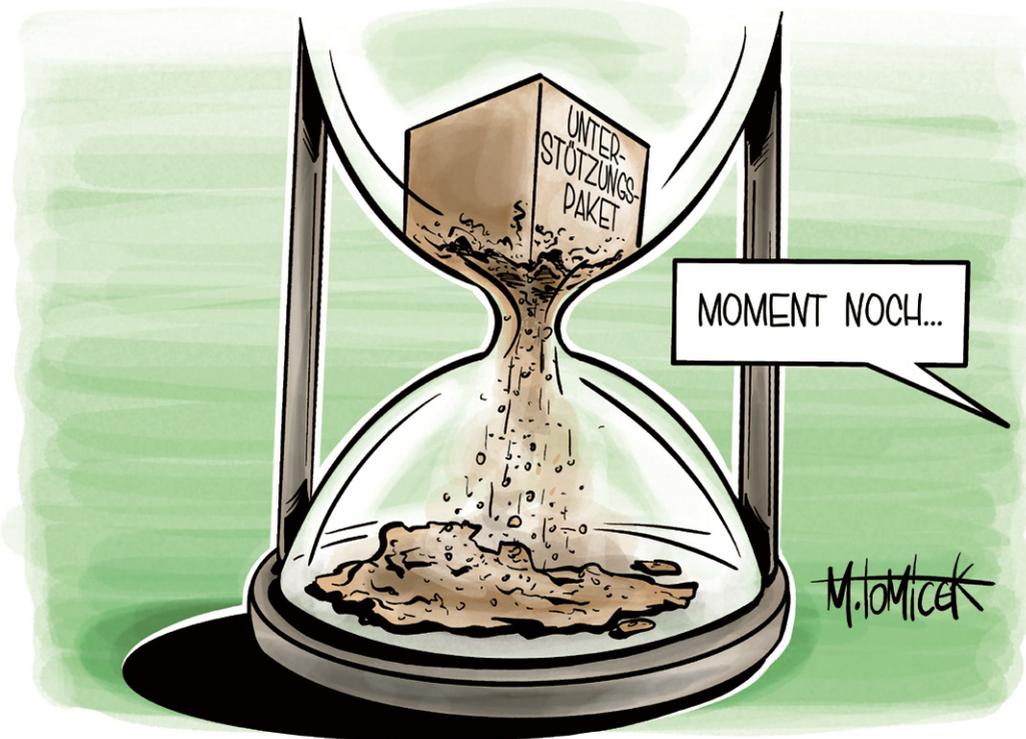


Anfang Dezember 2021 wird die Talbrücke Rahmede bei Lüdenscheid gesperrt. Seitdem versinken Stadt und Umgebung im Chaos. Dieses Desaster wäre vermieden worden, hätte die Landesregierung den geplanten Neubau für 2019 nicht verschoben.

Wer ist für diese Fahlentscheidung verantwortlich? „Rot-Grün!“, behauptet der ehemalige Verkehrsminister Hendrik Wüst im Wahljahr 2022. Dann stellt sich heraus: Gar nicht wahr! Der geplante Neubau wurde unter seiner Verantwortung verschoben. Hat da jemand geschwindelt und getrickst, um sich keine Blöße zu geben? Das könnten Akten und E-Mails aus den Ministerien und der Staatskanzlei beantworten. Doch ups: Die E-Mails wurden gelöscht und die Akten sind verschwunden. Was für ein Pech! Oder doch Glück? Glück, dem etwas nachgeholfen wurde? Das wird ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären müssen.



Zu unserer
parlamentarischen
Initiative



Der russische Überfall auf die Ukraine löst die höchste Inflation seit Jahrzehnten aus. Die steigenden Preise sind schon für Familien mit durchschnittlichem Einkommen eine enorme Belastung. Wer noch weniger hat, gerät in Not.

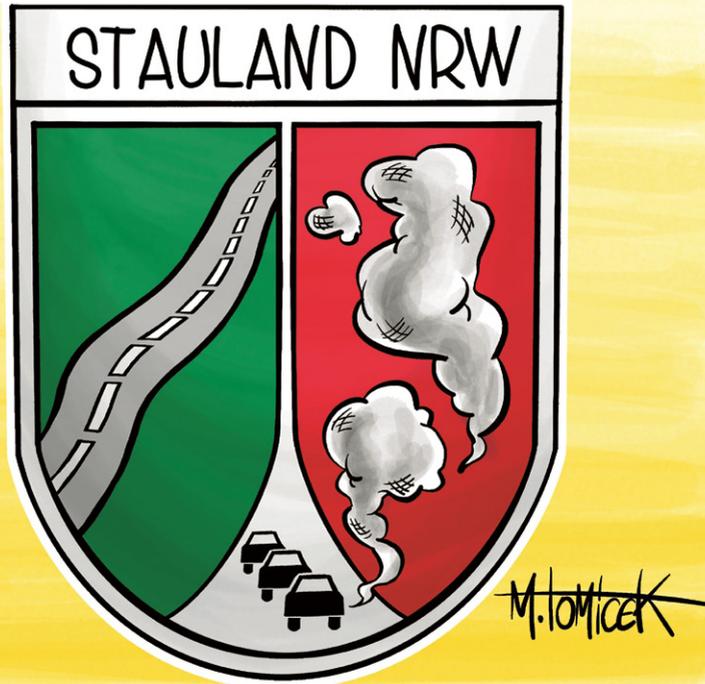
Andere Bundesländer legen Unterstützungspakete auf. Doch in NRW stimmen CDU und Grüne jeden SPD-Antrag nieder, der Familien geholfen hätte: Abschaffung von Kita- und OGS-Gebühren? Abgelehnt. Kostenlose Mittagessen für Kinder? Abgelehnt. Echte Lernmittelfreiheit? Abgelehnt.

Das heißt natürlich nicht, dass CDU und Grüne kein Herz hätten: „Normale Menschen müssen sich ein normales Leben leisten können“, sagt der Ministerpräsident. Was er dafür tun will? Geld ausgeben jedenfalls nicht. Das ist ihm zu einfach. Hendrik Wüst hat eine bessere Idee: Mitten in der Krise sei „der Teller Plätzchen vor der Tür der alleinerziehenden Mutter“ doch eine nette Geste, die obendrein „nicht viel Mühe“ erfordere.

Danke, Hendrik. ♥

Unsere Haushaltsanträge
zum 1. Nachtragshaushalt 2022





Auch 2022 war NRW das Stauland Nr. 1: Der ADAC zählte 160.000 Staus mit einer Gesamtlänge von 213.000 Kilometern. In keinem Bundesland verbringen Menschen mehr Zeit in einem stehenden Auto als in NRW.

Versprochen wurde uns allerdings etwas anderes: „Mehr Bewegung, weniger Stau!“ war der Wahlkampfslogan der CDU 2017. Der Wahlsieg von damals ist bis heute ihr größter verkehrspolitischer Erfolg – leider auch der einzige. Verbessert hat sie nämlich nichts. Aber man muss auch fair sein: Von ein paar tausend Wahlplakaten mal abgesehen, stand das Versprechen „weniger Stau“ nur im Wahlprogramm. Und Wahlprogramme liest kein Mensch. Das weiß jeder. Und wenn doch, ist das nicht die Schuld von Hendrik Wüst.



Zu unserer
Pressemitteilung

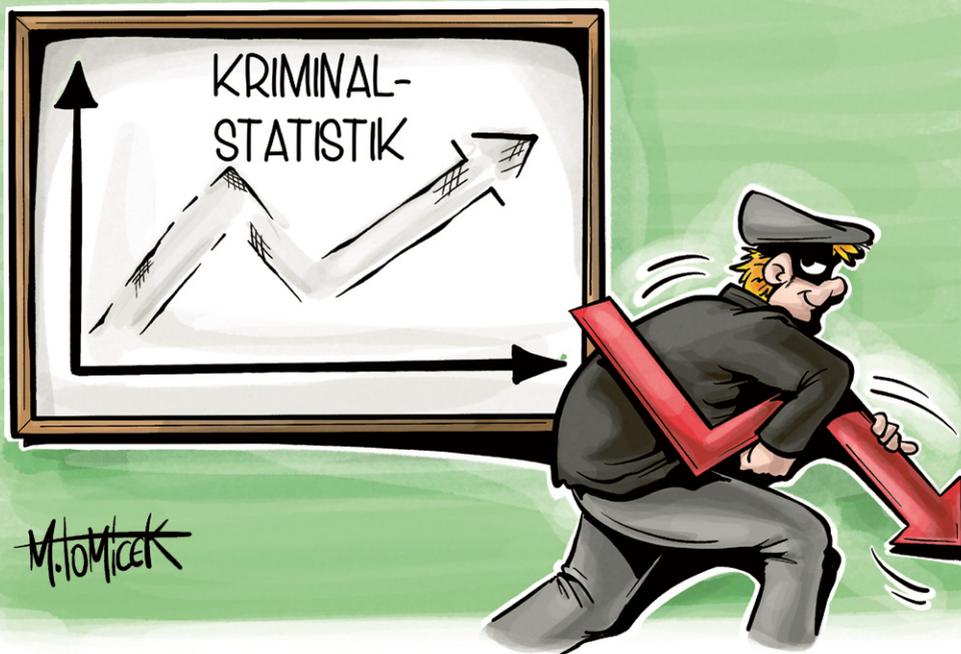


Corona-Soforthilfen, Heizkostenzuschüsse, Fluthilfen – das Personal der fünf Bezirksregierungen geht in Arbeit unter. Dass immerhin hat Herbert Reul erkannt. Dumm nur, dass sein dringlicher Brief an die Kabinettsmitglieder an die Öffentlichkeit gelangt.

Denn während der eine von den Grenzen der Belastbarkeit schreibt, füllen sich die anderen die Personalaschen. Wirtschaftsministerin Mona Neubaur erhält 30 zusätzliche Stellen, die Staatskanzlei wird mit 29 Stellen aufgepimpt und Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer darf sich über 28 neue Kolleginnen und Kollegen freuen. Insgesamt 186 Stellen schustert sich die Landesregierung zu – ein fettes Plus für die Ministerialbürokratie. Und Unterstützung für die Beschäftigten in den Bezirksregierungen? Fehlanzeige! Deren Hilferufe hinter den Aktenbergen hört man ohnehin nicht bis Düsseldorf.



Zu den Antworten auf
unseren Fragenkatalog



Was braucht ein Innenminister, um erfolgreich zu sein? Mehr Polizistinnen und Polizisten? Eine schnellere Justiz? Eine kluge Präventionsstrategie, die verhindert, dass Jugendliche kriminell werden? Eine bessere Bildungs- und Sozialpolitik? FALSCH! Alles Firlefanz. Herbert Reul weiß es besser. Was ein erfolgreicher Innenminister wirklich braucht, sind Razzien wie aus Krimis: mit Guten und Bösen und ganz viel Action. Allerdings: Ohne Bilder nutzt auch die schönste Razzia nichts. Welch ein Glück, dass die Clans bisher noch keinen Wind davon bekommen haben, wenn Vorabmeldungen bei TV-Teams und Fotografen eingehen.

Eine Pandemie ist übrigens auch sehr hilfreich. Sie vertreibt die Kriminellen von der Straße. Jetzt ist die Pandemie vorbei und die Kriminalitätsrate steigt wieder drastisch an. Böse Zungen behaupten deshalb, Herr Reul sei gar kein guter Innenminister. Eigentlich hätte er seit 2017 überhaupt nichts erreicht. Aber das ist gemein. Für das Ende der Pandemie kann Herbert Reul nun wirklich nichts.



Zu unserer
Pressemitteilung

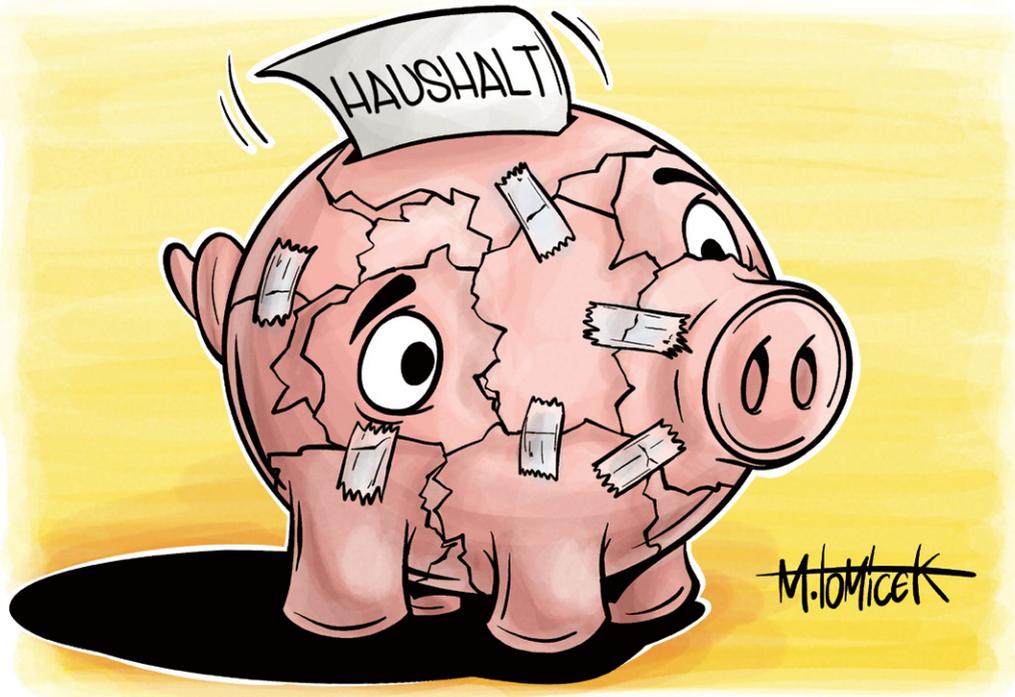


Die Mieten steigen und steigen. Die Wohnungsnot in NRW wird immer schlimmer und der soziale Wohnungsbau (seit 2006 zu 100% Ländersache) ist zusammengebrochen. Und was macht die zuständige Bauministerin? Sie ist total ehrlich: „Es gibt manchmal Zeiten, und das sage ich ungerne, in denen die Dinge so sind, wie sie sind.“

Das mögen wir so an Ina Scharrenbach: Kein übertriebener Ehrgeiz und immer ein warmes Wort für Menschen, die sich ihre Miete nicht mehr leisten können. Klar, sie könnte eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft gründen, die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und den Mieterschutz verbessern. Aber wozu die Mühe? Den Mieterschutz hat sie doch gerade erst zusammengestrichen. Und außerdem gibt es ein Landesförderprogramm für den Kauf von Eigenheimen. Wozu hohe Mieten zahlen, wenn man sich in Köln oder Düsseldorf auch ein Haus kaufen kann? CDU und Grüne wissen einfach, was Rentnerinnen und Rentner, Normalverdiener und junge Familien brauchen.



Zu unserer
parlamentarischen
Initiative



Wie kommt eine Koalition an zusätzliche Milliarden, obwohl sie einen schönen naiven Sommer lang behauptet hat, dass man das Geld a) gar nicht brauche, weil man b) total solide wirtschaftete und c) für Krisenhilfe sowieso nicht zuständig sei? Ganz einfach: Man wartet bis Weihnachten, pfeift auf Solidität und fährt mit den Landesfinanzen Wilde Maus. Die Regierung füllt den Corona-Rettungsschirm mit frischen Krediten, löst ihn danach auf und widmet das frische Geld neuen Zwecken. Wie genial ist das denn?

Überhaupt nicht, findet der Landesrechnungshof. Das sei nicht nur unseriös, sondern auch verfassungswidrig. Doch für Schwarz-Grün schien das Christkind in 2022 früher zu kommen: Eine Rezession kündigte sich an und damit ein Haushaltsloch. Das Tolle daran: Nun konnte die Regierung die Notlage erklären und sich so frische Milliarden aus Krediten besorgen. Doch Schreck lass nach! Der Haushalt ist gar nicht im Minus. Er ist sogar mit zwei Milliarden im Plus. Was für ein Alptraum! Wieviel Pech kann eine Landesregierung eigentlich haben? Nun wird ein Fünf-Milliarden-Sondervermögen (gefüllt aus Krediten) beschlossen, für das es allerdings nur Ausgabenpläne in Höhe von 1,6 Milliarden gibt. Den Rest legt man sich aufs Konto. Das Geld kann man bestimmt noch gebrauchen. Wie das Experten und Juristen finden? Chaotisch, stümperhaft und verfassungswidrig. Man sieht sich vor Gericht.



Zur Stellungnahme des Landesrechnungshofs



Ein gravierendes Download-Problem, eine Ministerin auf kommunikativer Tauchstation. Und am Ende erfahren tausende Schülerinnen und Schüler am Dienstagabend, dass sie ihre Abiturklausuren nicht am Mittwoch, sondern erst am Freitag schreiben. Passenderweise am Tag eines umfassenden Bahnstreiks und des Zuckerfestes. Klingt nach einer Schmierenkomödie? Darüber hätten Lehrkräfte, Abiturientinnen und Abiturienten sicher mehr gelacht. Doch stattdessen sind die massiven technischen Störungen beim Download der zentralen Abituraufgaben bittere Realität. Und das Ministerium hüllt sich über Stunden in Schweigen.

„Ich finde im Ministerium Baustellen vor, da kann ich nur mit dem Kopf schütteln“, stellt die überraschte Schulministerin Dorothee Feller fest, nachdem sie wieder aufgetaucht ist. Dabei soll sie als vermeintliche „Verwaltungsmanagerin“ doch Ruhe in das System Schule bringen. Dass ihr die Ruhe liegt, hat sie nun unter Beweis gestellt. Aber wieso sorgt das bloß für so viel Unruhe – erst recht bei den Kolleginnen und Kollegen im Schulministerium?





Bildungsland NRW heißt es in den sozialen Medien. Was für ein vollmundiges Versprechen des Schulministeriums. Immerhin werden immer neue Rekordzahlen vermeldet: Rund 6.700 Lehrkräfte, mehr als 100.000 Kita- und etwa 200.000 OGS-Plätze fehlen. 25 Prozent der Kinder in der vierten Klasse können nicht gut genug lesen. Den Investitionsstau an NRW-Schulen schätzen Expertinnen und Experten auf 10 Milliarden Euro. Dafür liegen die Bildungsausgaben pro Kopf rund 1.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

„Es muss alles auf den Prüfstand“, weiß denn auch die zuständige Ministerin Dorothee Feller. Immerhin. Nicht, dass NRW mehr einer Bildungswüste gleicht denn einer blühenden Landschaft. Aber das läge natürlich an den Lehrkräften, die zu viel in Teilzeit arbeiten und zu früh in den Vorruhestand gehen. Das möchte die Ministerin ihnen nun erschweren. Was man halt so alles lernt im Seminar „Wie motiviere ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?“ Ist vermutlich ausgefallen. Personalmangel.



Zu unserer
Pressemitteilung



P lötzlich flattert ein Beitragsbescheid ins Haus: Ihre Straße ist fertiggestellt. Ja klar, aber das ist doch 65 Jahre her?! Egal! Auch wenn die Straße seit 100 Jahren existiert: Die letzte Bordsteinkante wurde fertiggestellt. Damit ist die Straße erstmalig komplett erschlossen. Die Anliegerinnen und Anlieger werden nun zur Kasse gebeten.

Unglaublich? Von wegen. Rund 10.000 Straßen in NRW sind noch nicht abschließend erschlossen. Beitragsbescheide für zehntausende Menschen, die an diesen Straßen wohnen, warten noch in den Verwaltungsschubladen. Wie gut, dass der Landtag im Mai 2022 einen Beschluss gefasst hat: 25 Jahre nach Spatenstich für eine Straße soll kein Beitrag mehr erhoben werden. Aber ach, das war ja vor der Landtagswahl. Diese einfache Stichtagsregelung zu Erschließungsbeiträgen hat die Ministerin nun wieder einkassiert. Was für eine Rolle rückwärts! Das wird uns selbst bei Olympia nicht geboten.



Zu unserer
parlamentarischen
Initiative

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sarah Philipp
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

BEZUGSADRESSE

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

@ SPD-Fraktion@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw
twitter.com/spd_fraktion_nw
facebook.com/spdfraktionnrw

GESTALTUNG

V-FORMATION – Agentur für visuelle Kommunikation

DRUCKEREI

oeding print GmbH
Erzberg 45, 38126 Braunschweig

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: Juni 2023

Unser Druckdienstleister ist EMAS-umwelt-zertifiziert, arbeitet klimakompensiert und erfüllt die hohen Standards des Blauen Engel DE-UZ195. Gedruckt wird mit veganen Farben auf Pflanzenölbasis und 100% Ökostrom aus Deutschland.



Das Papier stammt aus vorbildlich bewirtschafteten, FSC®-zertifizierten Wäldern und anderen kontrollierten Quellen.